



GASTBEITRAG-AI - MENSCHENRECHTE ALS BASIS DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Amnesty International wirft der Bundesregierung Versäumnisse in der Menschenrechtspolitik vor. Menschenrechte müssten zur Grundlage der Wirtschaftspolitik werden - auch bei den derzeit laufenden deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen. Das fordert der amtierende Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty, Wolfgang Grenz, am Dienstag in einem Gastbeitrag für die Nachrichtagentur Reuters. "Der bekannte Künstler Ai Weiwei und seine Mitarbeiter sind wieder frei. Der Sacharow-Preisträger Hu Jia ist aus dem

Gefängnis entlassen. Ein Grund zur Freude für die Betroffenen, ihre Familien und ihre Freunde. Ein Grund zur Freude für Amnesty, hatten doch auch wir uns für sie eingesetzt. Die Bundesregierung sollte sich nicht auf dieses durchsichtige Spiel einlassen, sondern Menschenrechte zu einem zentralen Thema der Regierungskonsultationen machen. Dabei darf es keine bequeme Arbeitsteilung geben nach dem Motto: Der Außenminister mahnt Fortschritte bei der Meinungs- und Kunstfreiheit an. Der Wirtschaftsminister bahnt den Weg für Großaufträge deutscher Fir-

men. Im Gegenteil: Menschenrechte müssen auch die Grundlage der Wirtschaftspolitik selbst sein. Und da gibt es großen Nachholbedarf: Nach wie vor besteht in China keine Gewerkschaftsfreiheit, regelmäßig werden Streiks gewalttätig niedergeschlagen.



IN KÜRZE

WAFFENTECHNIK - Die Bundesregierung hat einen Medienbericht bestätigt, nach dem Deutschland zur Lieferung von Waffentechnik für den NATO-Einsatz in Libyen bereit ist.

SOLARFÖRDERUNG - Die Koalition hat sich über letzte offene Fragen im Zuge der Energiewende verständigt und weitere Kürzungen der Solarförderung verworfen.

STUTTGART 21 - Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) gerät wegen dem Streit über die Stuttgart-21-Stresstests unter Druck. CDU-Fraktionschef Peter Hauk drohte an einen Entlassungsantrag zu stellen, sollte Hermann gelogen haben und nicht selbst zurücktreten.

REGIERUNGSMASCHINE - Nach rund 20 Jahren im Dienst der Bundesregierung hat der ausgemusterte Regierungs-Airbus "Theodor Heuss" den Besitzer gewechselt. Der Airbus A310 sei für 3,125 Millionen Euro an eine osteuropäische Investorengruppe verkauft worden.

LOHN - Die monatlichen Diäten der Abgeordneten im Bundestag sollen um knapp 600 Euro steigen. Vorgesehen seien zwei Erhöhungen um jeweils 292 Euro zum 1. Januar 2012 und 1. Januar 2013. Der Bundestag werde den Gesetzentwurf, den Union, FDP und SPD unterstützten, am Donnerstag beraten.

WESTLB - Durch die Zerschlagung der WestLB verlieren einem Zeitungsbericht zufolge voraussichtlich 1850 Menschen ihren Job.

INTERNET - Nicht nur für Handlarsen wie die Otto-Gruppe aus der Hansestadt Hamburg ist das Internet mittlerweile wichtiger als Ladengeschäfte. Deutschland liegt mit 19 Prozent auf Platz 5, aber immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt von 13 Prozent.

ALKOHOL - Alkohol sei das am weitesten verbreitete Suchtmittel in Deutschland. Täglich sterben in Deutschland rund 200 Menschen an den Folgen eines Alkoholmissbrauchs. Für Kinder unter 16 Jahren ist Alkoholkonsum laut Jugendschutzgesetz verboten.

LEYEN: KEIN ZUSÄTZLICHES BARGELD FÜR BEDÜRFTIGE KINDER

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) lehnt es ab, Teilleistungen aus dem Hartz-Bildungspaket in bar auszuzahlen. Es sei richtig, das Bildungspaket in Form von Sach- und Dienstleistungen anzubieten. Trotz der erheblichen Anlaufschwierigkeiten sieht von der Leyen das Bildungspaket für rund 2,5 Millionen bedürftige Kinder von Hartz-IV-Empfängern, Gering-

verdienern und Wohngeldempfängern auf gutem Weg. Vor zwei Monaten hätten nur etwa 5 bis 10 Prozent der Kinder einen Antrag auf Leistungen gestellt, inzwischen seien es 25 bis 30 Prozent. Das Bildungspaket war zusammen mit der Hartz-IV-Neuregelung Ende März in Kraft getreten und zunächst kaum nachgefragt worden.

MANAGER DER EHEMALIGEN SACHSEN LB ANGEKLAGT

Vier Jahre nach der Beinahe-Pleite der Sachsen LB ist gegen drei Manager der Bank Anklage erhoben worden. Ihnen wird Bilanzfälschung in Höhe von 150 Millionen Euro und Untreue vorgeworfen, wie Staatsanwaltschaft und Bundeskriminalamt am Dienstag in Leipzig mitteilen. Außerdem soll einer der Ange-

klagten die Vorstände dabei unterstützt haben, die Risiken und Verluste der hochspekulativen Fonds "Goerges Quay" und "Ormond Quay", die entscheidend zum Niedergang der Landesbank beigetragen hatten, nur unvollständig in den Bilanzen dargestellt zu haben. Die Ermittlungen gegen die damaligen Vorstände sind laut Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen, ihnen wird mindestens eine Mitwisserschaft vorgeworfen.



350 EINSATZKRÄFTE HABEN ZAHLREICHE RÄUME IN FÜNF BUNDESLÄNDERN DURCHSUCHT

Die Bundespolizei hat einen überregionalen Schleuserring zerschlagen. Am Dienstag haben 350 Einsatzkräfte mehr als 20 Häuser und Wohnungen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt durchsucht. Dabei wurden nach Angaben eines Polizeisprechers sieben Haftbefehle vollstreckt. Die Gruppierung soll in zahlreichen Fällen syrische und irakische Staatsangehörige unter anderem über die Türkei il-

legal nach Deutschland gebracht haben. Gegen sie wird seit September 2010 ermittelt. Damals hatte eine fehlgeschlagene Schleusung die Aufmerksamkeit der Beamten geweckt. Als mutmaßlicher Drahtzieher vermutet die Bundespolizei einen 43-jährigen syrischer Staatsangehöriger aus Bad Sassendorf (Kreis Soest). Er wurde in seiner Wohnung festgenommen und wie die anderen Tatverdächtigen dem Haftrichter vorgeführt.

SPORT

FUSSBALL - Oliver Baumann hat seinen Vertrag beim SC Freiburg vorzeitig bis 2015 verlängert.

FUSSBALL - Die kolumbianische Ersatztorhüterin Yineth Baron ist vom Fußball-Weltverband FIFA wegen Dopingverdachts vorläufig gesperrt worden.

FUSSBALL - Nach fünf Jahren beim Fußball-Bundesligisten 1FC Köln zieht es Fabrice Ehret zurück in seine

französische Heimat. Der Mittelfeldspieler wechselt ablösefrei zum Erstliga-Aufsteiger FC Évian TG.

TENNIS - Florian Mayer führt das deutsche Davis-Cup-Team bei der Viertelfinal-Begegnung gegen Frankreich vom 8bis 10 Juli in Stuttgart an. Neben dem Weltranglisten 18 nominierte Kapitän Patrik Kühnen Philipp Kohlschreiber (39.), Philipp Petschner (67.) und Christopher Kas (Doppel 44.).

INTERNATIONAL

FRANKREICH, Paris - Die Vorsitzende der französischen Sozialisten, Martine Aubry, hat am Dienstag ihre Bewerbung um das Präsidentenamt bekannt gegeben.

SYRIEN / TÜRKEI - Hunderte syrische Flüchtlinge sind aus Zeltdörfern in der Türkei in ihre Heimat zurückgekehrt. Wie die türkischen Behörden mitteilten, begaben sich am Montag und Dienstag mehr als 440 Flüchtlinge freiwillig nach Syrien, während 76 neue Flüchtlinge in die Türkei kamen.

GRIECHENLAND, Athen - Aus Protest gegen die drastischen Sparpläne der sozialistischen Regierung sind am Dienstag Tausende Griechen zum Parlament in Athen geströmt.

ISREAL, Jérusalem - Israel will den Hilfskonvoi in den Gazastreifen aufhalten. Das hat der Sicherheitsrat des Landes in der Nacht zum Dienstag beschlossen. In Griechenland bereiten die Aktivisten die Abfahrt vor, doch die verläuft nicht ohne Probleme.

LIBYEN, Tripoli - Die libysche Regierung hat den Haftbefehl gegen Machthaber Muammar el Gaddafi als "Vorwand" für die Luftangriffe der NATO zurückgewiesen. Er betonte zugleich, dass Libyen den Gründungsvertrag des Gerichtshofs nicht unterzeichnet habe und dessen Rechtsprechung daher nicht anerkenne.

JAPAN, Tokio - Die erste Hauptversammlung von Fukushima-Betreiber Tepco nach der Atom-Katastrophe in Japan war geprägt von Wutausbrüchen und schweren Vorwürfen gegen das Management, doch der Energieriese kann seine Atomreaktoren weiterbetreiben.

USA, Washington - Flutwelle im Norden und Buschfeuer im Süden: In den USA sind zwei Atomanlagen von Naturkatastrophen bedroht. Zehntausende Menschen wurden evakuiert, die beiden Anlagen sind momentan nicht in Betrieb.

CHINA, Beijing - Die Peking Steuerbehörden wollen nach Aussage eines engen Freundes des chinesischen Künstlers Ai Weiwei Steuernachzahlungen und Geldstrafen in Höhe von fast zwei Millionen Dollar (1,4 Millionen Euro) von dem Regierungskritiker.

Ein Service Von:



Wetter

